

Rechtskosten explodieren: Verbraucher klagen seltener wegen Geldmangel!

Ab Juni 2025 steigen die Rechtsanwalts- und Gerichtsgebühren in Deutschland, was Verbraucher zum Verzicht auf Klagen zwingt.



Rohrbach, Deutschland - Ab Juni 2025 wird es für viele Verbraucher in Österreich und Deutschland teuer, wenn sie rechtliche Schritte in Betracht ziehen. Mit dem Inkrafttreten des Kosten- und Betreuervergütungsrechtsänderungsgesetzes 2025 steigen die Rechtsanwalts- und Gerichtsgebühren signifikant. Das bedeutet für die Verbraucher, dass sie nun in typischen Streitfällen mit Kosten von mindestens 2.000 bis 2.500 Euro rechnen müssen. Bei höherwertigen Anschaffungen könnten die Gebühren sogar auf bis zu 11.000 Euro ansteigen, wie **Versicherungsjournal** berichtet.

Die neuen Gebührenstrukturen bringen eine Erhöhung der Vergütungen um etwa 9 Prozent mit sich, sowohl bei den

Anwaltsgebühren als auch bei den Gerichtsgebühren. Dies ist eine Antwort auf die wirtschaftliche Entwicklung, die seit der letzten Anpassung im Jahr 2013 und der Kostenrechtsnovelle 2021 gefordert wurde, merken die Fachleute an. Diese Anpassungen sind Teil des verbesserten Gesetzes, das ab 1. Juni 2025 in Kraft tritt, und zielt darauf ab, die Vergütungsstruktur für Anwälte fairer zu gestalten, wie **IWW** erklärt.

Steigende Kosten führen zu juristischen Rückschlägen

Die hohen Kosten für Rechtsstreitigkeiten stellen für viele Menschen ein echtes Handicap dar. Laut den neuesten Umfragen verzichten fast 60 Prozent der Verbraucher auf eine Klage, weil die finanziellen Hürden zu hoch sind. Diese Tendenz wird auch von 52 Prozent der Anwälte unterstützt, die aufgrund der gestiegenen Kosten von einem Verfahren abraten. Dies führt dazu, dass viele Verbraucher ihr rechtliches Anliegen einfach aufgeben, anstatt sich vor Gericht zu verteidigen.

Um eine bessere Vorstellung von den neuen Kosten zu bekommen, hier einige beispielhafte Streitsachen und deren potenzielle Gebühren: Eine Räumungsklage wegen Eigenbedarfs kann zu Kosten von 4.369 Euro führen, während eine Kündigungsschutzklage mit einem Streitwert von 21.048 Euro auf 4.126 Euro Kosten kommen kann. Eine Rückabwicklung eines Kaufvertrags über einen defekten Neuwagen könnte gar Gebühren von 11.109 Euro nach sich ziehen. Die entsprechenden Streitwerte haben sich um etwa ein Fünftel erhöht, was die Sache nicht einfacher macht.

Rechtsschutzversicherungen unter Druck

Angesichts der dramatisch steigenden Kosten müssen auch die Rechtsschutzversicherer mit höheren Aufwendungen rechnen. Schätzungen zufolge belaufen sich die erwarteten Mehrkosten auf rund 250 Millionen Euro jährlich. Dies könnte dazu führen,

dass die Policen teurer werden oder die Versicherungsunternehmen strenger bei der Genehmigung von Ansprüchen werden. Zum aktuellen Stand haben etwa 60 Prozent der Haushalte eine Rechtsschutzversicherung, was zeigt, wie wichtig diese Absicherung mittlerweile ist.

2024 gab es in Deutschland etwa 27,3 Millionen Rechtsschutzversicherungsverträge, bei denen die Anbieter über 3,8 Milliarden Euro in über 4,8 Millionen Fällen an Leistungen aufgebracht haben, von denen ein großer Teil auf Anwaltshonorare entfiel, wie **Juraforum** feststellt.

Zusammengefasst ist die Aussicht auf steigende Rechtskosten für Verbraucher und Anwälte alarmierend. Es bleibt abzuwarten, wie sich die neue Gesetzgebung auf die rechtliche Landschaft in Österreich und Deutschland auswirken wird und ob sich der Zugang zu Gerechtigkeit für viele Menschen weiterhin erschwert.

Details	
Ort	Rohrbach, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.versicherungsjournal.de• www.iww.de• www.juraforum.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.at